

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Anzeigenkunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 2597

Nr. 7.

Danzig, den 22. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Sternickels Ende.

Während Paris dem Apachenprozeß wider Bonnot und Garnter mit listiger Spannung entgegenfieht, hat auch die Weltstadt an der Spree aus dem Gebiete der Räuberromanen ihre gleichwertige Sensation bekommen. Seit Donnerstag sind die Urheber des dreifachen Raubmordes von Ortzig in sicherem Gewahrsam und seit Sonnabend weiß man, daß das Haupt der Bande kein anderer ist als der „Schrecken der Mark“, der seit vielen Jahren verfolgte, schon einmal gefangene aber wieder entsprungene Massenraubmörder Sternickel.

Durch die Festnahme des Verbrechers wird manches Rätsel der Kriminalgeschichte gelöst werden, andere Probleme aber, die nicht so unmittelbar auf dem Gebiet des Tatsächlichen liegen, erscheinen dafür um so verworrener und dunkler. Zunächst wird sich aller Welt die Frage aufdrängen, wie es möglich war, daß dieser gefährliche Mann sieben Jahre lang im Herzen des polizeilichen Mutterlandes Preußen sein Unwesen treiben konnte, ohne daß es gelang, ihn zu erwischen. Der Mark Brandenburg fehlen alle Klaffen zu einem Räuberkönig wie Berge, Wüsteneien, undurchdringliche Wälder. Glatz und Flach liegt das Land da, es ist in allen seinen Teilen dicht bevölkert und von einem wohlgeordneten Netz der Verwaltung durchzogen. Keine Bevölkerung der Welt ist besser überwacht und schärfer kontrolliert. Und inmitten dieser Bevölkerung konnte, unverkleidet und unmaskiert, ein Mensch sich seines sicheren Daseins erfreuen, der in allen Ländern der Welt fleißig verfolgt wurde, von dem es an Photographien, Daktyloskopien und genauesten Personenbeschreibungen nicht fehlte.

Wenn Sternickel sieben Jahre lang den Behörden gleichgültig vor der Nase herumtanzen konnte, so wären dafür allenfalls nur zwei Erklärungsgründe zu finden. Der Verbrecher müßte in seiner äußeren Erscheinung ein Typ sein, der in der Masse der Menschen leicht verschwindet und er müßte mit einer ganz unglaublichen List und Verschlagenheit ausgestattet sein, um sich durch alle ihm gestellten Fallen hindurchzujuden. Aber weder das eine noch das andere trifft zu. Nach den vorliegenden Beschreibungen ist Sternickel ein Mensch, dessen charakteristisches Merkmal schon auf hundert Schritte Entfernung auffallen muß, und gab es Zweifel, so müßte ein steifes Gelenk, eine von zahlreichen Narben zerfesselte Linde letzte völlige Klarheit geben. Mit der Bismarkkarte an der Hand und ohne Handschuhe ist Sternickel durchs Land gegangen, er hat unzählige Male mit den vorbeistreichenden Gendarmen den landesüblichen Gruß gewechselt und vielleicht oft mit den Hütern der Ordnung an einem Wirtschaftstisch gesessen. Keiner hat ihn erkannt. Was aber die angenommene Schlaueit und Gerissenheit dieses Verbrechers betrifft, so ist sie, wie in den meisten ähnlichen Fällen auch, weiter nichts als Legende. Zweifellos hat man es auch hier mit einer unternormalen Intelligenz zu tun, denn der Verfassung, mit dem dieser erfahrenste aller Raubmörder seinen Plan vorbereitete und seine Komplizen wählte, die Plumpheit, mit der er die Spur seiner Verbrechen zu verwischen suchte, schließlich die Stumpfheit, mit der er sich der Verhaftung aussetzte, grenzen an Unwahrscheinlichkeit.

Wie der Hauptmann von Köpenick, der in anderer, weniger gefährlicher Weise mit den Behörden sein Spiel trieb, so ist auch Sternickel ein gänzlich unbegabter Mensch, und die Gloriele der Räuberromanen, die das Haupt des armen Schädlers schmückt, werden er lediglich dem gestohlenen unpreußischen Vergehen seiner beamteten Gegenpieler. Sein trauriger Ruhm, für den er mindestens ein Jahrhundert zu spät auf die Welt gekommen ist, wird im Licht des Gerichtsraals sehr rasch verblasen.

Denn wie das Talent, so fehlen Sternickel alle übrigen Eigenschaften, mit denen Apachen einer Räuberkönigenschaft fähig zu werden vermögen. Er hatte kein vornehmes Aussehen, er trug keine kostbaren Ringe und war niemals einem Bettler die goldgefüllte Felle zu. Sondern als landwirtschaftlicher Arbeiter im Hauptberuf, Kübler im Nebenberuf und zeitweilig als Wächter, Bagabund, führte er ein elend-erbärmliches Leben, und mancher kleine Berliner Handwerker hat in den letzten Jahren mehr Spargroschen nach der Bank getragen, als Sternickel bei seinen zahlreichen Verbrechen an Geld erbeutet hat. Außerdem ist heute zweifellos die unwirtschaftlichste Methode, durch Verbrechen zu gelangen. Menschen, die mit einem geringeren meilen Gewissen ausgestattet sind, finden leicht hundert weit profitablere, bequemere und ungefährlichere Methoden zur Selbstverdienung durch Ausplünderung der armen. Wer heute noch nach Raubmörder wird, muß nicht nur moralisch, sondern auch geistig zurückgeblieben sein.

Und weil Sternickel kein Räuberkönig war, sondern nur ein trübselig verkommenes und einfach unbedeutender Mensch ist, darum behält auch ihm gegenüber das veraltete Empfinden nicht recht, das zur Suche für die schrecklichen schweiglichen Taten dieses Verbrechers nach dem Schafot ruft. Die Anhänger der Todesstrafe werden sicherlich nicht verstehen, den Fall Sternickel als klassisches Beispiel dafür anzugeben, wie wenig menschliche Erwägungen demart vornehmsten Individuen gegenüber am Platze seien und wie der Gesellschaft nichts anderes übrig bleibe, als zu ihrer physischen Vernichtung zu schreiten. Solche Beweisführung überflüssig, daß Menschlichkeit etwas ist, was wir nicht der Raubmörder, sondern uns selber schulden. Ob Sternickel stirbt oder hinter seinen Mauern dauernd unschädlich gemacht wird, was kann für die Gesellschaft gleichgültig sein? Wenn man aber von Abschreckung redet — sollte das Leben, das Sternickel seit sieben Jahren geführt hat, wenn er es im Zuchthaus rollenden dürfte, irgend einen zur Nachahmung anlocken?

Naturen wie die Sternickel gehen ihren Weg, wenn sie nicht anders können, ohne Ueberlegung und ohne Sorge, was an ihrem Ende sein wird. Die Gesellschaft muß sich vor ihnen schützen, aber es ist eine leere Einbildung, zu glauben, daß sie an ihnen so etwas wie „Gerechtigkeit“ üben könnte. Sie kann mit ihnen nicht rechnen. Aber wenn sie sie tötet, macht sie sich mit ihnen gemein.

Jesuitenmoral.

Die verlorene Wette.

In dem pfälzischen Städtchen Neustadt an der Haardt amtiert ein Stadtpfarrer namens Dr. Glaser, der, wie viele andere Zentrumslapläne, das Bedürfnis verspürte, eine „warme Lanze“ für die Jesuiten einzulegen. Am 9. Dezember 1912 erschien in der liberalen Bürgerzeitung in Neustadt eine Notiz über „Dienstpflicht im Heere und Jesuitenmoral“, in der ein Zitat aus der Moraltheologie des Jesuiten Gury angeführt war, das lautete:

„Desertierte Soldaten brauchen nicht zurückzukehren, wenn keine Gelegenheit zur Beichte vorhanden ist, wenn sie von zu schweren Strafen bedroht werden, oder wenn der Krieg ein ungerechter ist. Auch ist, sich durch Selbstverstümmelung oder Betrug der Ärzte dem Kriegsdienst zu entziehen, nicht unbedingt ein Verbrechen, und man soll die jungen Leute, welche sich auf diese Weise befreien haben, nicht beunruhigen, zumal sie den Ermahnungen in dieser Sache doch nicht folgen würden.“

Als Quelle war die Ausgabe von Gury aus dem Jahre 1868 angegeben. Aber er kam weniger auf die Jahreszahl der Ausgabe an, als darauf, daß der Jesuit Gury diese Sätze lehrte.

Am 11. Dezember erschien im liberalen Pfälzer Kurier zu Neustadt eine Erklärung des katholischen Stadtpfarrers Glaser folgenden Wortlauts:

Wetteangebot.

Die Pfälzische Bürgerzeitung in Neustadt a. d. Haardt brachte in ihrer Nummer 289, Seite 2, Spalte 2, einen Artikel, überschrieben: „Dienstpflicht im Heere und Jesuitenmoral.“ Dieser Artikel hat bei mir zwei Gefühle ausgelöst, erstens das Gefühl der gerechten Erbitterung über eine derartige niedrige Kampfesweise, und zweitens das Gefühl hoher Belustigung. Habe ich also herzerquickend gelacht. Will also aus reiner Menschlichkeit der letzteren Empfindung den Vortritt lassen. Ist auch für beide Teile gesünder.

Um auch weiteren Kreisen an meinem lustigen Empfinden Anteil zu verschaffen, biete ich hiermit der Pfälzischen Bürgerzeitung öffentlich folgende Wette an:

1. Ich Unterzeichnener erbiene mich, einen blauen Lappen, gleich einhundert Mark deutscher Reichswährung, an das neue israelitische Altersversorgungshaus in Neustadt auszugeben, wenn das, was in dem Artikel der Bürgerzeitung mit Anführungszeichen Verlesene wörtlich in der Moraltheologie des Jesuitenpaters Gury oder auch nur dem Inhalt nach an der in dem Artikel genannten Stelle enthalten ist.

2. Dieselbe Summe zahle ich auch zu demselben Zwecke, wenn die Bürgerzeitung mir vor einwandfreien, nicht den Ultramanianen angehörigen Zeugen beweist, daß der genannte Gury in seiner Moraltheologie die Lehre vorträgt, welche die Bürgerzeitung ihm angegedichtet hat. Soweit ich gehe.

Die Pfälzische Bürgerzeitung ersuche ich aber ganz dringend, die Gegenwette einzugehen, das heißt, ebenfalls einen blauen Lappen zu dem berührten guten Zwecke zu stiften, wenn sie den verlangten Nachweis nicht führen kann.

Sie kann es nicht. Um die Angelegenheit nicht auf die lange Bank kommen zu lassen, bitte ich die Bürgerzeitung um klare Antwort innerhalb einer Woche nach Kenntnisaufnahme meines Wetteangebotes.

Soweit das interessierte Wetteangebot des Streitbaren Kleckers. Es verging eine Woche. Stadtpfarrer Glaser hatte also hinreichend Zeit, einen „Lustigkeit“ den Vortritt zu lassen in dem lustigen Städtchen Neustadt a. d. Haardt. Die „Lustigkeit“ mag sehr sehr groß geworden sein, denn bis zum vorletzten Tag der Wettwoche erschien keine Antwort. Dafür kam aber am letzten Tag ein offener Brief in der Pfälzer Bürgerzeitung an Herrn Stadtpfarrer Glaser-Neustadt. Darin wurde Herrn Stadtpfarrer Glaser nachgewiesen, daß in der Moraltheologie von Gury unter anderem folgendes steht:

„Woju sind kontribuierte Soldaten verpflichtet, wenn sie desertieren?“

Antwort: 1. Sie sind aus Gehorsam oder aus geschichtlicher Gerechtigkeit verpflichtet, zum Heere zurückzukehren. Ausgenommen jedoch sind folgende Fälle:

a) Wenn sie in allzu großer Gefahr für ihr Seelenheil wären, zum Beispiel, wenn keine Gelegenheit zu beichten vorhanden wäre und dergleichen, wie es an einigen Orten der Fall sein kann.

b) Wenn sie bei ihrer Rückkehr zum Tode, zu den Galgengasse oder zu anderen sehr harten Strafen verurteilt würden.

c) Wenn der Krieg offenbar ungerecht ist.

2. Ohne Zweifel aber sind die Desertateure zu keiner Restitution verpflichtet, wenn nach dem Gesetze an ihrer Stelle nicht andere einberufen werden, weil sie auf keine Weise die ausstehende Gerechtigkeit verkehrt haben, da sie keinem andern Schaden zuzufügen.“

„Woju sind jene verpflichtet, die sich vor der Zeit dem Militärdienste entziehen, oder ohne wahre Ursache frei werden?“

Antwort: 1. Diejenigen, welche die Obrigkeit zu einem Verzehe bestechen, damit sie von denselben als untauglich erklärt würden, sind ohne allen Zweifel zur Restitution verpflichtet. So lehren alle.

2. Diejenigen, welche durch Lügen, Fälschungen oder vorübergehende Verhinderung die Behörden täuschen, sind nach der gewöhnlicheren und wahrscheinlicheren Meinung zur Restitution verpflichtet. Der Grund ist, weil andere Jünglinge, die frei würden, ein strenges Recht haben, daß solche Mittel nicht zu ihrem Nachteil angewendet werden; denn durch das Los bestimmt, können sie den gesetzlichen Militärdienst nicht von sich abwenden, da das Gesetz oder die durch das Gesetz festgesetzten Lose das Recht bestimmen, daß die einen dienen müssen, die andern aber frei werden. Mehrere jedoch verneinen es. Ihr Grund ist, weil diese Kontribuierten nicht die wirksame Ursache sind, daß andere

ausgehoben werden, denn die Täuschung veranlaßt die Behörden weder physisch noch moralisch zur Aushebung anderer. Auch sie sind nicht die ungerechte Ursache, da nicht gewiß ist, daß andere ein strenges Recht haben, daß sie nur dann zum Militärdienst verpflichtet seien, wenn sie durch das Los bestimmt würden. Wie dem auch sei, in der Praxis wird es das klügste sein, jene Jünglinge, die sich durch die eben genannten Mittel vom Militärdienste frei machten, nicht sehr zu beunruhigen. Denn die meisten wissen nicht, daß sie eine Ungerechtigkeit begangen haben, und würden den Ermahnungen selten Gehör geben.“

So Gury in seiner Moraltheologie, Regensburg 1850, S. 387 ff. Damit war nachgewiesen, daß die zitierten Sätze dem Sinne nach bei Gury standen. Zum Ueberflus hatte dann auch noch ein Kaplan Bogt in Erfurt gelegentlich einer Polemik zugestanden, daß diese Sätze dem Sinne nach von dem Jesuiten Gury gelehrt werden.

Wir haben nun schon das Jahr 1913 — aber immer noch ist keine Antwort des Herrn Stadtpfarrers Glaser erfolgt. Er wird wohl für immer darauf warten lassen.

Die Schwarzen wette so gern, aber bezahlen nicht. Auch wir erhalten aus einem ähnlichen Anlaß noch einen blauen Lappen vom Westpreußischen Volksblatt in Danzig.

Es ist doch eine eigene Sache um die Schwarzen. „Hochzügig“ in ihrem Tun und Handeln, glauben sie mit aufrichter Freistigkeit eifern den Gegner perplex zu machen. Nach unsere schwarze Presse in Danzig steht auf derselben Höhe. In einer gleichen Sache bot uns das Blatt im vorigen Jahre auch einen blauen Lappen an, wenn wir nachweisen könnten, daß die katholische Kirche Karl den Großen heilig gesprochen habe. Und wir wiesen das nach, — aber den blauen Lappen, den uns damals das schwarze Organ, das Westpreußische Volksblatt großmütig angeboten hat, haben wir bis heute noch nicht. Im Schwindeln, Heucheln, Lügen, Verleumben, Hassen, Betrügen haben die Schwarzen bisher jeden Rekord geschlagen.

Politische Übersicht.

Hochverrat?

Der dem elsässischen Zentrum angehörende katholische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wetterle gibt gegenwärtig auf einer Vortragsreise in Frankreich Vorstellungen in Politik. Diese Vorstellungen haben in der gesamten deutschen bürgerlichen Presse sehr viel Staub aufgewirbelt, da der Inhalt der Reden des frommen katholischen Pfarrers nichts weniger als deutschfreundlich ist. Er soll die Deutschenscheue viel intelligenter betreiben als der erregte französische Chauvinist. Die Zentrumspartei versuchte nun, den frommen Bruder in Christo von sich abzuschütteln, der sein eigenes Vaterland „verrät“. Aber es gelingt ihr nur schlecht. Der Abgeordnete Wetterle hat dem Zentrum stets Gefolgschaft geleistet und das Zentrum hat sich das auch gefallen lassen und wird sich weiter gefallen lassen, wenn Herr Wetterle im Reichstage für die Aushebung des Jesuitengesetzes stimmen wird. Das Zentrum wird es für ganz selbstverständlich halten, wenn ihm Wetterle für ferneren dunklen Pläne Gefolgschaft leistet. Eine Partei, die ihre Befehle von Rom her erhält, und nur die Befehle des Papstes ausführt, soll sich nicht über andere mokieren. „Für uns treten alle anderen Interessen zurück hinter der Frage des Jesuitengesetzes“, domierte der Abgeordnete Spahn in der Sitzung des Reichstages vom 4. Dezember 1912. Und in dieselbe Kerbe haute auch zwei Tage später der Abgeordnete Gröber. Aus diesen Worten ist doch mit Klarheit zu entnehmen, daß auch die Interessen des Vaterlandes für die Schwarzen erst hinter den Interessen des Jesuitengesetzes rangieren. Und ob dann gleich an nächster Stelle ist das Geschick der Zentrumspartei. Das Jesuitengesetz über den Abgeordneten Wetterle ist ein neuer Beweis für die politische Heuchelei des Zentrums. Eine Partei, die nur zunächst ihre eigenen Interessen international verfolgt, soll sich nicht aufregen. Die gesamte Zentrumspresse, mit Ausnahme der Kölnischen Volkszeitung hat zunächst zu dem Auftreten Wetterles in Frankreich geschwiegen, bis es ihr zu brenzlig wurde und im Reichstage scharfe Töne gegen den dem elsässischen Zentrum angehörenden Abgeordneten Wetterle angeschlagen wurden. Erst dann sah sich die Zentrumspartei veranlaßt, diesen entarteten Sohn der Jesuitenschule von sich abzuschütteln und zu desavouieren.

Herr Wetterle hat, wie gemeldet wird, seine Vorträge eingestellt, weil ihm bedauert wurde, er könne eventuell wegen Hochverrats verhaftet werden, sobald er nach Deutschland zurückkehre.

Diese Absicht scheint bestimmt bestanden zu haben, kann aber nicht ausgeführt werden, weil der Abgeordnete Wetterle seine Zustimmung als Abgeordneter schloß. Ein Abgeordneter darf ohne Zustimmung des Reichstages nicht verhaftet werden, wenn er bei Begehung einer strafbaren Handlung spätestens im Laufe des nächsten Tages erwischt wird. Abgeordneter Wetterle will den Text seiner Rede in dem unter seiner Leitung stehenden elsässischen Blatt veröffentlichen, um darzutun, daß keinerlei Grund zum Einschreiten gegen ihn gegeben sei.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Bei der am 17. Januar stattgefundenen Präsidentenwahl wurde im zweiten Wahlgange der bisherige Ministerpräsident Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt. Es ist der neunte Präsident von Frankreich, der seit der Zertrümmerung des Kaiserreichs den Präsidentensstuhl einnimmt. Noch in den letzten Tagen schien es, als seien die Chancen Poincarés im Sinken begriffen, so daß seine Freunde ihm nahe legten, er solle auf die Kandidatur verzichten. Er lehnte aber das Ansuchen ab und beharrte auf seiner Kandidatur. Die ihn dazu auch zum Ziele geführt hat. Er ist seit 1893 verheiratet, hat drei Kinder, ist 67 Jahre alt. Er hat er im Kabinett Dupuy 1893 das Unterrichtsministerium geleitet, im zweiten Kabinett Dupuy war er Finanzminister und im darauf folgenden Kabinett Ribot wurde er wiederum mit dem Unterrichtsportefeuille betraut. Nach seiner Ministerzeit war er

Abbau mit dem Gemeinwohl unvereinbar ist. Es ist uns sehr angenehm, daß die Nationalliberalen hier den Antrag gestellt haben, daß für Beschränkungen des Abbaues Entschädigung geleistet werden soll, wo doch die Nationalliberalen hier im Hause alle Anträge auf Entschädigung der Arbeiter, wie beim Schlepptrom, abgelehnt haben. Abgeordneter W e l f e r m e l bezeichnet die Leinwand-Ausführungen als außerordentlich zutreffend. Nachdem noch viele Redner sich zur Vorlage geäußert, wird der Entschädigungsantrag der Nationalliberalen gegen deren Stimmen abgelehnt. Nach debatteloser Erledigung einiger Petitionen vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

Sitzung vom 18. Januar.
Das Dreiklassenhaus erledigte am Sonnabend zunächst die zweite Lesung des Nachtragsetats, der 60 Millionen für beschleunigte Bahnbauten zur Verringerung der Verkehrsnot und nicht ganz eine Million für Leuerungszulagen für die Beamten verlangte. Es war beabsichtigt, über den Nachtragsetat ohne jede Debatte abzustimmen. Der sozialdemokratische Redner hielt es jedoch für geboten, auch hier nochmals die Frage der Leuerungszulagen energisch aufzuwerfen, um die bürgerlichen Parteien zu einer klaren und entschiedenen Stellungnahme zu nötigen. Genosse Ströbel wies die glänzende Finanzlage Preußens nach, die sogar die Kommissionsmehrheit veranlaßte, eine Steuerherabsetzung für die reichsten Leute zu beschließen. Und da wollte man vor der Erklärung der Regierung zusammenknicken: es seien keine Mittel vorhanden! Während das Zentrum und die Rechte es vorzogen, sich in verlegenes Schweigen zu hüllen, gab sich ausgerechnet Herr P a d e n i e von der Fortschrittlichen Volkspartei dazu her, die schlechte Erledigung des Etats zu empfehlen, also die Frage der Aufbesserung der Beamtengehälter oder auch einer nur halbwegs in Frage kommenden Leuerungszulage abermals beiseite zu schieben! Daß ein solches Spiel nur dem Widerstand der Regierung stärken und die Beamten schließlich um ihre berechtigten Ansprüche prellen muß, liegt auf der Hand!

Nach der ersten Besprechung des Moorschulgesetzes wendete sich das Haus der Frage des städtischen Realcredits zu. Die bürgerlichen Redner erörterten weitläufig das Problem der Kreditnot der Hausbesitzer, ohne jedoch sowohl deren Ursachen klar aufzuweisen noch Mittel zu ihrer Beseitigung angeben zu können. Genosse B o r c h a r d t ging dem Problem mit der Sonde der sozialistischen Kritik zu Leibe und zeigte, daß letzten Endes die vielbeklagte Kreditnot nichts ist, als das Produkt der kapitalistischen Bodenpekulation, die — wie er an interessanten Beispielen zeigte — in der skrupellosesten Weise, mit allen Schikanen des Bauschwinds nicht nur von rücksichtslossten kapitalistischen Haien oder übel berufenen Konfianten, sondern unter Vorschub einer Kluft selbst von den größten, renommiertesten und „nationalsten“ Banken betrieben wird. Nur eine großzügige, staatliche und kommunale Bodenpolitik, die die Privatpekulation energisch ausschaltete, könne hier helfen und vor allem auch die Mieter vor der steigenden Ausbeutung schützen. Natürlich wollten die bürgerlichen Redner, wie der Zentrumsmann Graf Spee, von einer solchen „sozialistischen“ Politik nichts wissen. Am Dienstag dritte Lesung des Nachtragsetats und zweite Lesung kleinerer Etats.

Danzig.

Freisinnige Unverschämtheit.
Die freisinnige Charakterlosigkeit der über alle Maßen vornehm an Danziger Zeitung des unglücklich gebildeten Dr. Herrmann hat sich gewiß schon manche Niederträchtigkeit gegen die Sozialdemokratie geleistet. Als unsere Genossen Borchardt und Leinert im preussischen Landtage im Mai des vorigen Jahres die Rechte des Parlaments gegen den präsidialen Gewaltmenschen v. Erffa verteidigten und dabei sogar persönlich attackiert wurden, schimpfte die Danziger Zeitung wie ein echter Bockw.

Widerspenstige Radaubröder!
Diese akademische Kraftleistung übertrifft das Blatt fast noch durch diese telegraphische Schmähnotiz:

Abgeordnetenhaus.
Berlin, 14. Januar.
Die ersten 2 1/2 Stunden der heutigen Etatsdebatte waren ausgefüllt mit recht langatmigen Ausführungen des Sozialdemokraten Dr. Liebknecht, der noch immer nicht lernen will, daß in der Kürze zumeist auch die Würze liegt. Er schimpfte über alles, wo Schimpfen nur möglich war, zum Teil in Ausdrücken, die dem Präsidenten kein Amt nicht gerade leicht machen. Kam er trotzdem ohne einen Ordnungsruf davon, so war das wohl nur der Engelsgeduld des Graien Schwerin zu danken, dessen Amtsführung von der seiner Vorgänger sympathisch abfiel.

Zu dieser perfiden Denunziation, die jeder Rowdy fertig bekommen hätte, wenn er nicht ein unendlich höheres Ehrgefühl als ihr Verfasser hätte, war auch nur ein freisinniges Blatt fähig. Die Redaktion desselben Blattes, der sogar die kümmerliche Redefreiheit im preussischen Junkerhaufe noch viel zu freibeitlich ist, schreibt sich aber die Finger wund, um die Sozialdemokratie davon zu überzeugen, daß sie bei der Landtagswahl im Interesse des politischen Fortschritts bedingungslos für die freisinnigen stimmen müßte. Wie schmachlich diese Zumutung ist, beweist die Danziger Zeitung durch ihre Radaunotiz am besten.

Die Leuzigkeit des Kronprinzen
beweisen die Neuen Westpreussischen Mitteilungen, die in Marienwerder erscheinen, ihren Lesern durch folgendes Historien:

Danzig, 22. Dezember. Von der Leuzigkeit unseres Kronprinzen zeugt folgende Szene, die man am Sonnabend beobachten konnte, als der Kronprinz mit dem letzten Zuge nach Berlin fuhr. Nachdem der Zug schon auf dem hohen Gest wartete, unterhielt sich der Kronprinz noch vor dem Fürstenzimmer mit seinem Chauffeur, der das Auto zum Bahnhof gelenkt hatte. Man hörte folgendes Zwiesgespräch: Kronprinz: Na, was wirst Du denn während der Feiertage beginnen? Chauffeur: Ich werde hierbleiben, Kaiserliche Hoheit. Kronprinz: Fährst Du nicht nach Haus? Chauffeur: Nein, Kaiserliche Hoheit, das wäre zu weit und kostet zu viel Reisegeld. Kronprinz: Wo bist Du denn zu Haus? Chauffeur: In München, Kaiserliche Hoheit. Kronprinz: Na, fahr man doch los, ich werde die Reise befehlen. Lebend verabschiedete sich der Thronfolger von seinem Untergebenen, der sich jedenfalls schleunigst auf die Reise nach München gemacht haben dürfte.

Wir haben dazu nur zu bemerken, daß die Hervorhebung des D u von uns herrührt. Wir müssen es auch ganz dahingestellt sein lassen, ob der Mann, der diese Unterhaltung geführt haben soll, wirklich einen erwachsenen Staatsbürger geduzt hat. Es ist auch möglich, daß der Gewährsmann des Blattes sich verbört hat. Auf jeden Fall steht fest, daß im 20. Jahrhundert auch ein Chauffeur auf die allgemein übliche Anrede Sie Anspruch erhebt.

Ein Glendbild.
Uns wird geschrieben: Wir standen mehrere arbeitslose Kollegen an einem Tage voriger Woche auf der Breitgasse und beobachteten einen humpelnden Mann, der sich auf der Straße Nahrung suchte. Er fand ein kleines Stückchen Brot, vielleicht aus einer Kattenfalle, wuschte es ab und verschlang es. Ich verfolgte den Mann und dachte, vielleicht ist er irrsinnig. Dies schien jedoch nicht der Fall zu sein. Der Mann suchte die Johannisgasse ab und fand hier eine getrocknete Kartoffel und verschlang dieselbe ebenfalls. Weiter fand er unmittelbar an einem Hausen Pferdemit einen angebliesenen Apfel, auch diesen verschlang er begierig. Jetzt hatte ich genug gesehen. Ich besah noch 5 Pfennig, mein letztes Geld, holte von einem Bäcker dafür Brot und gab es dem Hungerigen, der es mit vielem Dank annahm. Ich sah ihm eine ganze Strecke nach. Er riß das Brot wie ein hungriger Löwe auseinander und aß es auf. Kommentar überflüssig! Aber was hätte mancher reiche Mann bei dem Anblick des Armen getan? Der reiche Mann würde sich mit Ekel von solchem „Gefindel“ abwenden, daß sich aus dem Straßenkot Nahrung sucht.

Mehr Bauarbeiterschulung.
Die Verwendung offener Kotskörbe ist bei Bauten für Räume, in welchen Menschen arbeiten müssen, verboten. Gegen dieses Verbot wird noch heute vielfach gesündigt. In dem Umbau Langgasse, Ecke Portehaisengasse, kann man beobachten, wie eine ganze Anzahl Handwerker im Partiergeschoß auf den oberen Rüstungen arbeiten, während unter ihnen zwei offene Kotschalen ihre unheilvollen Gase in die Räume befördern. Die Polizei sieht sich ja unser Dicks genau an und wird auch diese Notiz finden, und dann wahrscheinlich die Gesehsüberretung der Schuldigen, nachdem sie sich informiert hat, zur Anzeige bringen. Wo es sich um die Gesundheit der Arbeiter handelt, gehen wir wohl nicht fehl, daß die Polizei, wie in andern uns bekannten Fällen, eifrig bemüht sein wird, diese Ungehörigkeit des Arbeitens bei offenem Kotschalen abzustellen.

Vom Reden und Hänfeln.
„Es wird höflichst gebeten, die Tiere nicht zu necken!“ So mahnen Schilder in Tiergärten die unerzogenen und gedankenlosen Besucher zur Unterdrückung einer Unsitte, die entspringt aus der bösen Lust, sich auf Kosten des Schwächeren zu erfreuen. Das Tier im Käfig kann sich nicht wehren; in ohnmächtiger Wut rüttelt es höchstens an den eisernen Gitterstäben, zum Gaudium des Neckenden, der sich so recht als „Herrn der Schöpfung“ fühlt. Aber nicht vom Reden und Hänfeln der Tiere soll hier die Rede sein, sondern vom Spott. Und darin gefallen sich leider Angehörige aller Stände. Sie wissen scheinbar nicht, welcher Bildungsmangel darin liegt, welcher Grund von Gefühlsroheit sich darin äußert! Nun gibt es ja überall Verständige, die da mahnen: „Laßt das Reden und Hänfeln! Es führt zu nichts Gutem!“ Aber oft werden ihre Worte überhört, vielleicht sorglos verächtet. Was kann denn geschehen? Bin ich nicht der Ueberlegene? Zwinge ich ihn nicht mit meiner Körperstärke? Kann er sich etwa messen mit meines Geistes Witz? So ähnlich klingt es zurück. Schöne Helden! Wenn verdanken sie denn ihre Körperstärke, ihre Geistesgaben? — Anstatt sie zu verwerten als heilige Güter zum Segen der Mitmenschen, stiften sie Unfrieden und Unglück. Denn so mancher, der gehänselt und verspottet wurde, wird verbittert; einsam geht er fortan seinen Weg fern von Menschen. Mithrasen bringt er jedem entgegen, der sich ihm nähern will; das Vertrauen auf Güte, Liebe und Nachsicht, deren wir alle so sehr bedürfen, ist geschwunden.

Was soll man aber dazu sagen, wenn hier und da gar körperliche Schäden und Gebrechen zum Gegenstand der Neckerei gemacht werden? Das ist nicht mehr Neckerei, sondern Reden und Hänfeln der Menschen untereinander.
Die Unsitte, sich über Fehler und Schwächen des Mitmenschen zu belustigen, ist weit verbreiteter, als man gewöhnlich annimmt. In Geschäften, Fabriken oder anderen Arbeitsstätten ist wohl stets der eine oder andere, der gelegentlich Grund zur Belustigung gegeben hat. Alle haben auf seine Kosten weidlich gelacht und den Betreffenden zur Zielscheibe mehr oder minder schlechter Witze gemacht, und wenn gelegentlich die Erinnerung an den Vorfall wieder einmal geweckt wird, so wird kein Mensch solche harmlose Neckerei verbieten; ja der Ueberbringer wird klugerweise in den Chor der Lächer mit einstimmen. Ist es aber nötig, bei jeder Gelegenheit, gar täglich daran zu erinnern? Ist das nicht eine niedrige Freude, dem Mitmenschen auf diese Weise mit seiner Schwäche wehe zu tun?
Es gibt Sprichwörter, die sich in den deutschen Sprichwörterbuch eingeschmuggelt haben, die aber leider keine Wahrwörter sind. Zu diesen gehört das Wort: „Schadenfreude ist die reinste Freude“. Und dazu gehört auch die Freude am maßlosen Reden und Hänfeln.
Diese beachtenswerten Ausführungen finden wir im Allgemeinen Wegweiser. Wie oft machen sich die Folgen nutzloser Hänfelen auch in Arbeiterkreisen bemerkbar. Verärgert über dies und jenes bleibt mancher den Versammlungen fern, worunter natürlich die Organisation leiden muß. Welche Fülle ernster Aufgaben stellt heute das Leben an uns, und wie notwendig ist gerade jetzt der rege Zusammenhalt aller Klassengenossen. Darum vermeide man alles, was uns trennen könnte, und handle stets nach dem Worte Goethes: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“

Der 2. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins
hielt am 16. Januar in der Maurerherberge eine Versammlung ab, in welcher Genosse Bartel einen sehr interessanten Vortrag hielt über das Thema: Der Krieg im Wirtschaftsleben. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Der Referent gab den Kassenbericht vom letzten Quartal, woraus zu ersehen war, daß ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl zu konstatieren ist. Unter Verschiedenem wurde bemängelt, daß bei dem am 12. Januar veranstalteten Theaterabend im Wilhelmtheater hunderte Genossen keine Billette mehr erhalten konnten, infolge des nicht angemessenen verteilten Vorverkaufs. Hierbei wurde auf die historische Bedeutung des Wilhelmtheaters für unsere Partei hingewiesen, da vor zirka vierzig Jahren die erste sozialdemokratische Versammlung, die in Danzig abgehalten wurde, im Wilhelmtheater stattfand. Es kamen damals die auf einer Agitationstour sich befindlichen Genossen D. K a p e l l und F i n n auch nach Danzig und sprachen hier im Wilhelmtheater. Die noch hier lebenden Genossen D e b o s k i und B a n j o w s k i waren die Veranstalter der Versammlung. Der alte Genosse D e b o s k i war anwesend und gab in kurzen Worten seine Erlebnisse von damals kund. Seine ehrwürdige Gestalt möge vielen ein lezendes Beispiel sein, ihm nachzueifern. Das Lokal hieß damals „Selonken“.

Der freisinnige Parteisekretär Kreil
ist schon amtsmüde am 1. Januar von seinem Posten geschieden. Er ging nach dem Westen, von dem er, aus Düsseldorf, gekommen ist, wieder zurück, weil er das ostelbische Klima nicht vertragen konnte.
Richtig ist, daß Kreil gesundheitlich nicht besonders gefestigt war. Ebenso richtig ist aber auch, daß politische Umstände seinen Fortgang beeinflussten. Das Inserat, durch das der Münsterberg-Freisinn sich ihn als politischen Anwalt erwarb, war so — freisinnig gehalten, daß die Königsb. Volksz. an diesen Zumutungen mit Recht ägende Kritik üben konnte. Die Bogelftraufpolitik

des Danziger Börsenfreisinn ging ihm w. Strich. So charakterlos kann eben sein ein Rest politischen Charakter besitzt, sein, was ihm die glanzvoll blamierte Diplomatie mutet. Dabei war Kreil noch gar nicht so sehr, war als Versammlungsleiter zugegen, als der freisinnige Kandidat Hartmann sich in Heubude im Oktober über dem Genossen Bartel und Hirsch verpflichtete, i. Stichwahl zwischen der Sozialdemokratie und den K o b e i dem mit aller Entschiedenheit für die Sozialdemokratie eifrig noch. Wenige Monate später erklärte er diese Tatsache jedoch lüthig freisinnigen Versammlung auf Niederstadt für unwahr. Die Feststellung, daß er damit der Wahrheit Gewalt angetan hat, nahm er ohne Antwort hin. Trotzdem hat er sich nicht in der Gun, der Freisinnsgewaltigen erhalten können.
Sein Nachfolger ist Herr W i r o geworden, der etwa vier Jahre lang in Pommern Parteisekretär der Liberalen war. Er war vor Jahren in Westfalen kurze Zeit im Bergarbeiterverbande organisiert. Jetzt soll er für die großkapitalistische Börsenpartei gegen die Arbeiterpartei wirken. Sein Vorgänger hat es etwas über drei Jahre beim Danziger Börsenfreisinn ausgehalten.

Sand streuen! Bei dem Frost- und Schneewetter werden die Trottoirs an den Häusern sehr leicht glatt, was noch dadurch gefördert wird, daß die Kinder gerne „schleifen“. Es besteht daher die Gefahr, daß Passanten zu Fall kommen, wenn nicht durch Streuen von Sand oder Asche Vorkehrung getroffen wird. Das ist den Hausbesitzern oder deren Beauftragten dringend anzuraten, da sie bei Unfällen für etwaigen Schaden haftbar gemacht werden können.

Bewerkschaftsbewegung.

Zum Kampf in der Holzindustrie
ist zu melden: Als die Vertreter der Zentralvorstände, die am 13. und 14. Dezember ergebnislos über die Erneuerung der Verträge verhandelt hatten, auseinandergingen, legten die Delegierten des Arbeitgeberverbands Wert darauf, daß nicht gesagt werde, die Verhandlungen seien gescheitert, es genüge die Konfliktierung der Tatsache, daß kein Ergebnis zustande gekommen sei.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands hatte die Absicht, wie er den Arbeitervertretern mitteilte, um die Jahreswende die Vertreter der Unternehmer der Vertragsstädte zu einer Konferenz zusammen zu berufen. Es fand aber in Wirklichkeit ein außerordentlicher Verbandstag des Arbeitgeberverbands statt. Auf Grund dessen proklamierte die Unternehmer, daß eine Arbeitszeitverkürzung von unter 54 Stunden wöchentlich unzulässig sei. Die großen Städte, die heute schon diese Arbeitszeit haben, sollten von vornherein auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit verzichten. An diesen grundsätzlichen Forderungen scheiterten die Verhandlungen. Durch die Beschlüsse des außerordentlichen Verbandstages wurde dem Unternehmertum der Rücken gestärkt und dieses scharf gemacht. Auf Grund dieser Vorbereitung veranstaltete der Arbeitgeberverband mit den Vertretern der Arbeiter zusammen am 16. Januar, zur weiteren Fortsetzung der zentralen Verhandlungen eine Zusammenkunft in Berlin. „Das Angebot“ der Arbeitgeber wurde der Konferenz unterbreitet. Hiernach sind dreijährige Tarifverträge abzuschließen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist nur für wenige Städte vorgesehen. Eine „exorbitante“ Lohnerhöhung von einem Pfennig pro Stunde, für jedes Vertragsjahr würde zugestanden, aber diese Regel erleidet noch Ausnahmen. Für Berlin speziell sind Verschlechterungen vorgesehen. So sollen z. B. dort die Zuschläge für Montage erheblich reduziert werden usw.

Nachdem die Arbeitervertreter das Angebot der Arbeitgeber unter sich besprochen hatten, machten sie den Vorschlag, dieses Angebot als Grundlage für nun zu eröffnende Verhandlungen über die einzelnen Städte zu machen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Unternehmern entschieden abgelehnt. Sie erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganzes sei, an dem nichts geändert werden dürfe; es könne nur angenommen oder abgelehnt werden. Damit waren die Verhandlungen sehr schnell bei dem kritischen Punkt angelangt. Das Ultimatum des Arbeitgeberverbands mußte, wie dieser auch vorher gewünscht hat, abgelehnt werden, und somit waren die Verhandlungen gescheitert.

Es ist kaum Aussicht vorhanden, daß sie noch einmal aufgenommen werden. Da die Verträge schon am 15. Februar ablaufen, würde es auch, dank der Taktik des Arbeitgeberverbands, für eine ordnungsmäßige und gewissenhafte Durchberatung der Verträge an Zeit mangeln. Wie sich nun die Verhältnisse gestalten werden, ist zunächst ungewiß. Im Jahre 1907 hat der Arbeitgeberverband in Berlin die Parole ausgegeben: „Ohne Vertrag keine Arbeit.“ Wenn er auch diesmal an diesem Grundsatz festhält, was sehr wahrscheinlich ist, dann muß zum 15. Februar mit einer Aussperrung in der Holzindustrie gerechnet werden, die, wenn es nach den Wünschen des Arbeitgeberverbands geht, etwa 50 000 Arbeiter umfassen würde!

Soziales.

Die ungarische Arbeiterversicherung im Jahre 1911.
Aus Budapest ist wird uns geschrieben: Die ungarische Landes-Kranken- und Invalidenversicherungskasse, die Hauptstelle der hiesigen Kranken- und Invalidenversicherungskassen, hält soeben ihre Generalversammlung ab, der ein ausführlicher Bericht über den Stand und die Tätigkeit der Kassen im Jahre 1911 vorgelegt wurde. Danach besitzt die Zentralstelle 182 örtliche Organe, und zwar 97 Ortskassen, 83 Unternehmungs- (Fabriks-) Kassen und 2 Privatkassen. Die Mitgliederzahl betrug in der Krankenunterstützungsberechnung 1 120 992, in der Invalidenunterstützungsberechnung 850 677. Die meisten Mitglieder gehören den Bezirksstellen an, nämlich 848 393. Die Gesamteinnahmen der Zentralstelle betragen 29 852 832 Kronen. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt:

Krankenunterstützung	10 438 021 Kronen
Wohnerinnenunterstützung	172 375
Hebammen	293 814
Medikamente	3 981 301
Sterbeunterstützung	506 306
Krankenhäuser	1 980 503
Erkrankungen	905 469
Verze	5 433 197
Verwaltungskosten und Verschiedenes	5 426 433

Summa 29 257 479 Kronen
Die Zahl der Krankentage betrug 7 240 145. Die Kasse hat mit etwa acht Millionen Kronen Beiträgen, die sie zur Hälfte von den Löhnen der Arbeiter schon abgezogen haben, im Rückstande sind.

Bereinskalender.

Die durch Inserat in letzter Nummer der Volkswacht bekannt gegebene Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete B u s s e r e r l i n h o r e c h e n wird, findet am Sonntag, den 26. Januar, bei Steppand nachmittags 3 Uhr statt. Nicht, wie irtümlich angegeben, abends 8 Uhr.

Danzig.

Konsumverein für Danzig und Umgegend.

Das Agitationskomitee, das die Vorarbeiten zur Gründung eines Konsumvereins für Danzig und Umgegend einzuleiten hatte, hat mit Eifer an seiner Aufgabe gearbeitet, so daß am letzten Sonntag die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen war, daß der Konsumverein die offizielle Konstituierung vornehmen konnte. Die Versammlung fand im Bürgergarten in Schidlitz statt. In einem Referat des Genossenschaftsbeamten Hildebrand aus Berlin über die Aufgaben der Konsumvereine führte der Referent den Anwesenden ein Bild des Genossenschaftswesens vor Augen im Gegensatz zum privaten Unternehmer. Dem Referat wurde allseitig zugestimmt und wurde hierauf beschlossen, einen Konsumverein ins Leben zu rufen. An den Arbeitern von Danzig wird es nun liegen, dieses Unternehmen durch rege Anteilnahme zu unterstützen und die Mitgliedschaft zu erwerben. Es wird jedem leicht gemacht, Mitglied zu werden, um sich dadurch billigere und bessere und hauptsächlich unverfälschte Nahrungsmittel zu eigen zu machen. Mit Bezug auf letzteren Umstand brachte der Referent Hildebrand eine lange Liste von Urteilen zur Kenntnis, wonach wegen Nahrungsmittelverfälschung eine ganze Reihe von Privatintendanten bestraft werden mußten. Besonders wurden Butter, Kaffee und Mehl verfälscht. In einem Konsumverein ist dies vollständig ausgeschlossen. Man kann es deshalb den Arbeitern nachfühlen, wenn sie versuchen, durch genossenschaftliches Vorgehen ihre Lebensmittel und andere Gebrauchsgegenstände gemeinsam einzukaufen und sich dadurch gute, unverfälschte Ware sichern. Als Vorsitzender des Vereins wurde der Arbeitersekretär Grünhagen und als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gewerkschaftsbeamte Fooker gewählt. Wir wünschen dem Konsumverein besten Erfolg.

Schümmers Verbannung?

Als der „grüßliche“ Zentrumsagitor Klawitter seine Stelle als Sekretär der katholischen Arbeitervereine niederzulegen gezwungen wurde, kam aus Rattowitz zu seinem Erbgang der ebenso schwarze Schümmer. Dem wurde nachgerühmt, daß er die brot-widerische Zentrumsdemagogie besonders meisterhaft zu handhaben verstand. Er bewies das auch bald in der kläglich verunglückten schwarzen Protestversammlung gegen den sogenannten Hungerstreik der Tapezierer, in der der edle Ehrlich mehrere Genossinnen als hysterische Judenweiber beschimpfte.

Trotzdem gelang es ihm nicht, das Vertrauen der leitenden Zentrumsgeistlichen zu erlangen. Dagegen stieg sein Ansehen bei den Zentrumsarbeitern zusehends. Viele von diesen nahmen seine radikalen Worte im Schicksalskampf für ihre Münze. Er war auch eifrig tätig, eine Zentrumsorganisation zu schaffen, die nicht der direkten Leitung der Geistlichen untersteht. Wohl begründete er diese Pläne damit, daß er die kostbare Kraft der Geistlichen nicht überlasten wollte. Daneben äußerte er aber so keckerische Ansichten über die Gestaltung und Wirkung der politischen Organisation, daß er bald als vollendeter Modernist galt! Die leitenden Zentrumsgeistlichen, vom Pfarrer Sawaghi bis zum Kuratus Wenke, sahen immer unmutiger die steigende Sympathie ihre Arbeiter für Schümmer. Dann hatte er im Dezember in einer Zusammenkunft eine sehr lebhaft Auseinandersetzung mit dem Generalvikar Scharmer aus Peshlin, der die von Richtgeistlichen geleiteten Zentrums- und Arbeitervereine entschieden ablehnte. Trotzdem sagte Schümmer, damit war sein Urteil gesprochen. Nach Mitte Dezember war von ihm nichts mehr zu hören. Selbst die Vertrauensleute der Schwarzen wußten nicht, wo er stecke. Auf Anfragen bei den Wissenden wurde ihnen achselzuckende Abweisung. Da klopfte so mancher noch grüßliche Arbeiter bei der Volkswacht an und wünschte, daß sie nach dem Verdienst Schümmers fragen möchte. Ihr proletarisches Gefühl fühlte die Mahner selbst in dieser Situation vertrauensvoll zur Arbeiterzeitung.

Am 17. Januar sprach der Besessene war wieder in Alshottland. Über sein Schicksal wollen wir jetzt an dieser Stelle nichts mehr sagen, denn es ist doch selbstverständlich, daß er oder seine Gegner sich hierzu erklären werden. Andernfalls kommen wir ja noch immer rechtzeitig genug zum Wort.

Ein Kronprinzen-Schuhmann.

Der Schuhmann Scherhaus ist im Herbst 1911, als der Kronprinz nach Langjahr kam, wegen seiner besonderen Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit ebenfalls von Danzig nach dem Vorort verlegt. Am 16. Januar 1913 stand er wegen Amtsvergehen vor der Strafkammer I, weil er den Zimmerer Koppitsch schwer

mißhandelt haben sollte. Obwohl der Staatsanwalt die Anklage nach der eingehenden Beweiserhebung voll aufrecht hielt, sprach ihn das Gericht frei, weil er in Notwehr oder wenigstens vermeintlicher Notwehr gehandelt habe. Dabei ist Koppitsch bereits aus der gleichen Ursache gerichtlich freigesprochen, weil er sich gegen die beteiligten Schutzleute in Notwehr befand!

Wir werden über den eigenartigen Fall, der die Rechtssicherheit der Bürger charakteristisch beleuchtet, noch eingehend berichten.

Eigentümlichkeiten auf dem Danziger Standesamt.

Am 9. Januar meldete ein hiesiger Arbeiter auf dem Standesamt die Geburt einer Tochter an. Er wollte ihr die Namen Thora Elise geben. Der amtierende Standesbeamte beanstandete jedoch den Namen Thora und trug dafür Doras Namenregister ein. Die uns vorliegende Bescheidigung trägt die Namen Dora (Thora) Elise. Wir meinen, die Namensgebung ist lediglich Sache der Eltern des Kindes, und hat nach unserer und der Auffassung der Gerichte der Standesbeamte nicht das Recht, Namen zu beanstanden. Wie uns mitgeteilt wird, will der betreffende Vater des Kindes Beschwerde gegen diese Eigentümlichkeit des Standesamts erheben.

Unfall. Im hiesigen Kaiserhafen verunglückte Montag nachmittag der Maurergeselle Schulz dadurch, daß ihm ein großes Stück Holz auf den Kopf fiel und er eine stark blutende Kopfverletzung davon trug. Der Schwerverletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Gesinde mißhandlung.

Das Dienstmädchen E. Trautmann war bei dem Besitzer Adolf Witting in Stellung. Am 26. August vorigen Jahres kam diese nach Meinung des Witting zu spät zum Werken. Als das Dienstmädchen unter der Kuh saß und melkte und sich damit entschuldigte, daß sie auf das Geheiß der Chefrau noch vorher habe Hühner zum Schlachten greifen müssen, und nicht früher habe kommen können, erhielt diese von Witting einen Stoß von hinten, daß das Mädchen unter die Kuh stürzte. Ein Glück, daß die Kuh über das Mädchen hinwegsprang, sonst hätte ein großes Unglück geschehen können. Das Dienstmädchen war ganz erschrocken, es wollte nicht weiter melken, und sagte zu dem Besitzer: „Na, wenn ich nicht fertig werde, dann melken Sie!“ Hierauf hagelten die Schläge mit der Faust auf Kopf und Rücken, so daß das Dienstmädchen schließlich schrie: „Ach Gott, ach Gott, er schlägt mich tot, und brach dann ohnmächtig zusammen. Das Mädchen verließ hierauf den Dienst und machte der königlichen Staatsanwaltschaft wegen Mißhandlung Anzeige. Einige Tage darauf erhielt das Mädchen vom Anwalt einen Strafbefehl von 15 Mark, weil sie unberechtigt den Dienst verlassen habe. Auf die Beschwerde gegen diesen Strafbefehl bei dem Herrn Landrat in Marienburg wurde der Strafbefehl aufgehoben, weil angenommen wurde, daß die Mißhandlung ein solch schweres sei, wonach sich ein sofortiges Verlassen des Dienstes rechtfertigt. Der Staatsanwalt stellte sich auf einen anderen Standpunkt, er wies die Anzeige mangels öffentlichen Interesses ab und stellte anheim, die Privatklage zu erheben. Die pp. Trautmann klagte gegen Witting zivilrechtlich wegen Lohn- und Kostgeld bis Martini, bekam auf Grund des Armenrechts den Rechtsanwalt Schön beigeordnet, ebenso er-

hob sie Privatklage wegen Mißhandlung gegen Witting bei dem königlichen Amtsgericht Marienburg. Die Zivilklage schwebt noch, mit der Privatklage wurde die Trautmann abgewiesen und Witting freigesprochen. Die Zusammensetzung des Gerichtshofes und die Begründung des Urteils sind interessant. Das Schöffengericht setzte sich wie folgt zusammen: Amtsgerichtsrat Bornann als Vorsitzender, Hofbesitzer Claßen und Hofbesitzer Epp als Schöffen. Die Begründung des Urteils wollen wir unsern Lesern nicht vor-

enthalten. Es heißt: Der Angeklagte wird von der erhobenen Anklage freigesprochen, die Kosten fallen der Privatklägerin zur Last. Die Privatklägerin wollte nicht mehr weiter melken, und obwohl dieser in angemessenem Tone gesagt wurde, daß sie weiter melken sollte, erwiderte die Privatklägerin: „Na, wenn ich nicht fertig werde, dann melken Sie.“

Das ist eine unglaubliche Ungehörigkeit seitens des Gesindes der Herrschaft gegenüber. Angeklagter geriet deshalb in Zorn und versetzte der Privatklägerin mit flacher Hand einige Schläge in das Gesicht, die Privatklägerin behauptet, daß der Angeklagte sie noch weiter heftig geschlagen habe, daß sie liegen geblieben sei. Diese Angaben erscheinen nicht glaubhaft, denn sie begab sich sofort nach diesem Vorfall zu ihren Verwandten nach Elbing. Die Schwägerin der Privatklägerin, die ganz auf ihrer Seite steht, kann keine Spuren einer Verletzung an der Privatklägerin finden. Hier handelt es sich im vorliegenden Falle nur um geringe Tätlichkeiten seitens des Dienstherrn, welcher durch ungebührliches Betragen des Gesindes zum Zorn gereizt war.

Da nach Paragraph 77 der Besindeordnung das Gesinde wegen derartigen Tätlichkeiten keine gerichtliche Genugtuung fordern darf, mußte der Angeklagte von der Anklage der Körperverletzung (Paragraph 223 St.G.B.) freigesprochen werden. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Also: der Landrat zu Marienburg hebt wegen der groben Mißhandlung den Strafbefehl auf, weil das Mädchen berechtigt war, sofort den Dienst zu verlassen. Das Schöffengericht Marienburg nennt es eine Ungehörigkeit, wenn das Dienstmädchen gesagt hat: „Na, wenn ich nicht fertig werde, dann melken Sie.“

Das Schöffengericht spricht hier noch auf Grund der jamaosen Besindeordnung vom 8. November 1810 dem Angeklagten das Züchtigungsrecht über das Gesinde zu. Daß das Bürgerliche Gesetzbuch diese Züchtigungsparagraphen des Gesindes aufgehoben hat, scheinen viele noch immer nicht zu wissen. Wann wird endlich die Besindeordnung — eine Uebertretung aus der Zeit der Leibeigenschaft — fallen, damit auch das Gesinde zu seinem Menschenrechte gelangt?

Marienburg.

Mit einer klaffenden Kopfwunde tot aufgefunden wurde am 17. Januar abends um 8 Uhr der Biererleger Wölke aus Christburg. Er war mit einem Fuhrwerk zur Rundschaft gefahren und abends nach 7 Uhr kamen die Pferde von der Baumgarter Chaussee ohne Wölke nach Hause. Sofort wurde nachgeschickt und man fand Wölke etwa 2 Kilometer von Christburg auf der Chaussee tot mit einer klaffenden Wunde am Hinterkopf. Das eingefasste Geld fehlte. Vermutlich liegt ein Raubmord vor. Wölke war früher Besitzer der Brauerei in Christburg.

Schwetz.

Zur Reichstagswahl.

Die Enthüllungen über die Art, wie das „Deutschtum“ auch bei der Reichswahl am 30. Dezember „sitzte“, wollen gar nicht aufhören. Gerade dadurch erscheint die protestierende Entrüstung des Herrn Rektor Dr. Keller in besonderer Licht. Er hat auf die Mißfertigung, die ihm der Verwärters und wir teilte werden ließen, nichts zu erwidern gesucht! Auch die offizielle Leitung des „deutscher“ Wahlschiffes und der Landrat von Halen haben darauf nichts geantwortet. Die Echtheit des vertraulichen Artikels mit den Anweisungen zur Wahlentwertung der politischen Arbeiter kann nun nicht mehr bezweifelt werden. Herr Dr. Keller hat aber trotzdem nicht die Konsequenz aus seinem Protest gezogen. Er hat nicht den Austritt aus dem Wahlschiff, der ohne sein Wissen und gegen den Willen vieler Mitglieder solche vertraulichen Anweisungen offiziell erläßt, erklärt! Danach wird man seinen „liberalen“ Protest einzuklagen wissen.

Die Gleichzeitigkeit der Behandlung der Wähler belaudet ein weiteres Kriterium, das die liberale Germania in Berlin veröffentlicht. Es hat diesen Wortlaut:

Wie Sie wohl wissen, findet am 30. Dezember dieses Jahres Reichstagswahl statt, da der Herr Landrat von Halen sein Mandat niedergelegt hat. Da uns Deutschen doch nun viel daran ge-

Un unsere Freunde und Leser!

Arbeiter von Danzig und Umgegend, erinnert euch bei euren Einkäufen der „Volkswacht“-Interenten. Wir verweisen auf den Inseratenteil der „Volkswacht“ und ersuchen unsere Leser, bei ihren Einkäufen diejenigen Geschäftsleute zu berücksichtigen, die unsere „Volkswacht“ mit den bürgerlichen Blättern als gleichberechtigt behandeln und durch das Inserieren in der „Volkswacht“ zum Ausdruck bringen, daß ihnen die Arbeiter als Kunden genau so lieb sind, als die Leser der bürgerlichen Blätter.

Ernte.

Soyakler Roman aus Amerika von E. Dewitt. (Nachdruck verboten.)

Der große Knoch.

Aus seiner inneren Brusttasche nahm der junge Millionär ein Blatt Papier, auf dem nur einige Zahlen standen. „Hier habe ich einen Ausweis“, begann er, „über die verschiedenen Posten Weizen, die ein jeder von Ihnen für meine Rechnung gekauft hat. Ich will Ihnen die Zahlen vorlesen:

Dodson	2500000	Büschel
Gower	2000000	
Jones	2500000	
Baker	1000000	
Miller	1500000	

Er hielt einen Augenblick inne und sah die Ratler an, die die Wichtigkeit der gehörten Aufstellung durch Kopfnicken bestätigten. „Alles in Allem habe ich also nun neun Millionen und fünf-hunderttausend Büschel Weizen. Nicht wahr, meine Herren?“

Wiederum erfolgte ein allgemeines Nicken des Kopfes. „Also schön! Der Markt eröffnet heute mit einhundertdreißig und fünfzig. Ich erlaube Sie, Dodson und auch Sie, Gower, vom Augenblick der Eröffnung der Börse an Ihren Weizen loszuschlagen und zwar um jeden Preis loszuschlagen. Wehen Sie auf jedes Angebot ein. Verkaufen — immer nur verkaufen. Um jeden Preis verkaufen! Das ist Ihr Auftrag!“

Dodson und Gower standen im nächsten Augenblick auf ihren Füßen und starrten Winston bestürzt an. „Aber, Mr. Howard, bedenken Sie, was Sie tun“, rief Dodson. „Es wird eine Panik entstehen, wenn wir Ihnen gehorchen und den Weizen um jeden Preis verkaufen. Neun Millionen fünf-hunderttausend Büschel Weizen sind keine Kleinigkeit, und wir werden keinen auch nur annähernden Preis dafür erzielen.“

„Das sollen Sie auch gar nicht“, sprach Winston und machte dabei eine ungeduldige Handbewegung. „Ich weiß durchaus, was ich will und wünsche von Ihnen, wie ich schon sagte, nichts anderes, als daß Sie Ihre Vorräte so schnell wie möglich zu jedem Preise verkaufen. Wenn Sie beide den Ball ins Rollen gebracht haben, so werden Sie, Jones, Baker und Miller, sich in die anderen Ecken des Saales verfügen und jeder für sich seinen eigenen Weizenmarkt um jeden Preis loszuschlagen. Die ganzen neun Millionen fünf-hunderttausend Büschel müssen in spätestens einer Stunde verkauft sein und ich erlaube Sie daher, meine Herren, so schnell zu verkaufen, wie Sie nur können. Ich denke keineswegs daran, Selbstmord zu begehen, wie Ihre erstaunten Gesichter mir zuzutrauen scheinen, und ich will Sie nur daran erinnern, daß es mein Weizen ist, den Sie verkaufen und daß ich nach einem wohlüberlegten Plan handle. Sie eifriger Sie meinen Auftrag ausführen, um so höher werde ich es Ihnen anrechnen. Ich werde mich übrigens selbst in der Börse einfinden und dem, was sich dort abspielen wird, mit eigenen Augen zusehen. Also wohlüberstanden, meine Herren, keine Jagdbagigkeit und Faulheit. Und nun wünsche ich Ihnen allen einen schönen Guten Morgen.“

Die fünf Ratler schritten zur Tür hinaus, ohne auch nur ein Wort der Erwiderung zu wagen. Erst auf dem Wege zur Börse fanden sie die verlorene Sprache wieder.

„Er ist sicherlich übergeschnappt“, flüsterte Jones Miller ins Ohr. „Oder aber, er will den Markt in einer Weise „bären“, wie ich es noch nie zuvor vernommen habe. Was sagen Sie?“

„Wohl“, entgegnete der Angeredete, Howards Vater brachte ein Vermögen von zwanzig Millionen Dollar zusammen, und ich denke, daß Howards Sohn auch etwas von dem väterlichen Vermögen geerbt hat. Immerhin ist mir die ganze Sache vollständig unverständlich, und sicher weiß ich nur das eine, daß es eine Riesenspanik geben wird.“

„Ja“, stimmte Baker zu, „und ich weiß, daß die Venetianer-Claque eine Züchtigung fürs ganze Leben erhalten wird. Sie

müssen so schnell kaufen, wie wir verkaufen können und haben jetzt kaum noch irgendwelche nennenswerte Mittel zur Verfügung, kaum so viel wie nötig ist, um allein unsern Weizen zu kaufen.“

„Aber außer unserm ist auch noch anderer Weizen da. Es müssen so mindestens außerdem noch zehn Millionen Büschel vorhanden sein, die sich in den Händen der kleiner „Bullen“ und „Nämmer“ befinden, die sich infolge von „Tipp“ in Weizen engagiert haben. Sobald wir mit unserer ersten Million fertig sind, wird der Kurs um mindestens fünf Cent gefallen sein; dann werden auch die andern ihre Vorräte abzuladen beginnen.“

„So sehr ich mir auch den Kopf zerbreche“, bemerkte Dodson, „so vermag ich doch nicht zu verstehen, worauf Howard eigentlich hinaus will. Er weiß, daß er sein Geld verliert, wenn er jetzt verkauft. Na, schließlich geht es uns doch nichts an, was er mit seinem Geiz anfangt. Wir taten, was in unserer Kraft stand, um ihn von seinem Vorhaben abzuhalten.“

Die übliche Menge hatte sich eingefunden und die übliche Erregung herrschte, als die Börse eröffnet wurde. — Der Andrang war stärker als je zuvor, seitdem der Weizenpreis in so phänomenaler Weise zu steigen begann. Die Börsebesucher trugen durchweg ein selbstzufriedenes, zufriedenes Wesen zur Schau, da sie fast alle, mit dem Strome schwimmend, sich mehr oder minder stark in Weizen engagiert hatten, und der mit jeder Stunde steigende Preis für sie ein entsprechendes Anschwellen ihres Bankfortes bedeutete. Die üblichen lastigen Börsenwörter schwebten nur so durch die Luft und eine dicke Schaar von Bewunderern hielt allezeit den Standplatz Lawrens umringt, der der Börsenvertreter der Swift- und Leverintereffen war und aus seinen Munde man gern etwas neues über die Lage erfahren hätte. Lawton wußte jedoch, daß Schweigen, wenigstens in diesen Tagen, für ihn und seine Auftraggeber Geld bedeutete.

(Fortsetzung folgt.)

